

Thema: Georg Schima

Autor: Georg Schima

/ GASTKOMMENTAR /

Umweltpolitik als Spaltpilz

Die Bürger in einem so zentralen Feld wie der Umweltpolitik mit Gemeinplätzen abzuspeisen, beleidigt deren Intelligenz.

UMWELTMINISTERIN LEONORE GEWESSLER ist, wie jüngst zu lesen war, „die Frau, die unser Leben verändert“. Und sie erfreut sich in Politiker-Rankings zumindest bei Journalisten ziemlich großer Beliebtheit. In der Tat kann man der Frau Minister weder einen beträchtlichen Sympathiefaktor noch den Umstand absprechen, dass sie an „ihre Sache“ glaubt. Und das ist schon viel. Denn mit Politikern, die in erster Linie an sich selbst glauben, müssen sich in letzter Zeit viele Länder – und leider auch Österreich – herumschlagen.

Aber ersetzen Leidenschaft für die Sache und das Bemühen, nicht des eigenen Vorteils wegen zu handeln, sachliche Argumente?

Auch als politisch interessierter Bürger weiß man eigentlich nicht, warum genau die Umweltministerin den Lobautunnel nicht bauen will. Als sie sich vor die versammelten Medien stellte, hätte man erwartet, bei einem vor 15 Jahren geplanten, im Bundesstraßengesetz vorgesehenen Projekt eine genaue Begründung dafür zu hören, wieso es nun nicht realisiert werden soll. Sind die Annahmen für die damalige Planung – etwa die Einschätzung des Verkehrsaufkommens – nicht mehr aktuell? Oder haben naturschutzrechtliche Erkenntnisse eine Neubewertung erforderlich gemacht? Man weiß es nicht. Stattdessen konnte man Gemeinplätze hören: Wir müssten „unseren Kindern eine bessere Welt hinterlassen“ und könnten „immer neue Straßen nicht verantworten“.

Dies ist nicht nur eine Geringschätzung des mündigen Bürgers, dem man eine nachvollziehbare Erklärung sehr wohl zumuten kann, es birgt auch besondere Gefahren. Denn nach der Covid-Pandemie hat die Umweltpolitik gute Chancen, die Nachfolge als Spaltpilz der Gesellschaft anzutreten. Wenn die – kaum realistischen – Klimaziele erreicht werden sollen, dann muss sich unser aller Leben in der Tat deutlich ändern. Um die Menschen davon zu überzeugen, kann es gar nicht genug sachliche Diskussion geben.

Die Medien sollten sich hier ihrer großen Verantwortung bewusst werden. Werden als Lobautunnel-Befürworter ausschließlich Obskuranten vorgeführt, die prahlen, in der Woche 1.200 Liter Benzin zu verbrauchen, droht sich derselbe Fehler zu wiederholen wie bei der pauschalen Einordnung von Impfgegnern als mehr oder weniger rechtsradikale Querdenker.

Erklärungsbedarf gibt es in der gesamten Debatte genug. Wie soll ein junger Großstädter, der

weder Auto noch Führerschein besitzt – aber dafür zwei Handys, ein iPad und ein Notebook –, einem in die Jahre gekommenen Autofan überzeugend erklären, dass der sich klimaschädlich und ewiggestrig verhält, wenn er gelegentlich seinen Achtzylinder aus der Garage holt?

Gewiss muss Umweltpolitik in bestimmtem Maße auch Symbolpolitik sein – weshalb volkswirtschaftlich bedeutungslose Maßnahmen wie strengere Strafen für unerlaubtes Auto-Tuning schon ihre Berechtigung haben. Aber man sollte Maßnahmen sachlich begründen und nicht, wie dies beim Lobautunnel der Fall zu sein scheint, eher programmatisch-emotional. Dabei soll nicht verkannt werden, dass an der Behauptung, mehr Straßen würden zu mehr Verkehr führen, etwas dran ist. Doch rechtfertigt das alleine nicht den Stopp eines solchen Projekts – vor allem nicht, wenn keine diskutablen Alternativen präsentiert werden.

Und wenn Medien in Anspielung auf Zwentendorf und Hainburg schreiben, die SPÖ stehe „wieder einmal auf der falschen Seite der Geschichte“, so wird verkannt, dass das dieser Tage zumindest punkto Atomkraft in Europa teilweise ganz anders geschehen wird.

Auch Umweltpolitik sollte sich strikt an bestehende Gesetze erhalten. Eine Ministerin ist eben etwas anderes als der Repräsentant einer NGO. Die Vorgangsweise beim Lobautunnel war da – vorsichtig ausgedrückt – grenzwertig. So bedeutet die Aufnahme des Projekts in das Bundesstraßengesetz nach Meinung aller ernstzunehmenden Verwaltungsrechtsexperten eine Bauverpflichtung und nicht bloß eine Absichtserklärung. Gesetze kann man mit parlamentarischer Mehrheit ändern; nicht einmal darauf hinzuweisen, ist aber genau jener politische Stil, der zur großen Politikverdrossenheit geführt hat und für den gerade die Grünen (neben den Neos) in der Vergangenheit nicht standen.

Nehmen Sie, liebe Frau Bundesminister, bei den vielen wichtigen Entscheidungen, die vor uns liegen, die Bürger daher ernst und muten Sie ihnen einer Überprüfung zugängliche Argumentationen zu. Mit Gemeinplätzen darf man bei so zentralen Fragen die Menschen nicht abspeisen. Das beleidigt deren Intelligenz. 



GEORG SCHIMA ist Partner der Schima Mayer Starlinger Rechtsanwälte GmbH und Honorarprofessor für Unternehmens- und Arbeitsrecht an der WU-Wien.

Leidenschaft für die Sache ersetzt nicht Sachlichkeit.